

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

Im Jahr 1983 handelten der Chef der Abteilung Kommerzielle Koordinierung (KoKo), Alexander Schalck-Golodkowski, und der bayerische Ministerpräsident, Franz Josef Strauß, einen Milliardenkredit aus, der die DDR vor dem Staatsbankrott bewahrte. Die im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) für die Überwachung der Volkswirtschaft zuständige Hauptabteilung XVIII analysierte die Risiken und Probleme des Volkswirtschaftsplans 1983.

Anfang der 80er Jahre herrschte weltweit eine wirtschaftliche Krisenstimmung. Brisant war die Situation in den Ostblockstaaten. Die Versorgungslage der Bevölkerung war kritisch, die hohen Schulden im Ausland trieben die sozialistischen Staaten zunehmend in den Ruin. Polen erklärte sich bereits 1981 für bankrott, die DDR stand unmittelbar davor. Allein zur Finanzierung ihrer Verbindlichkeiten im Ausland benötigte sie dringend weitere Devisen und neue Kredite, die ihr aber westliche Banken inzwischen verwehrten.

Umso überraschter war die Öffentlichkeit auf beiden Seiten der Mauer, als am 1. Juli 1983 ein westdeutsches Bankenkonsortium unter der Führung der Bayerischen Landesbank der DDR einen Milliardenkredit gewährte. Eingefädelt und vorbereitet hatten ihn der bayerische Ministerpräsident, Franz Josef Strauß, und der Chef der Abteilung KoKo im Ministerium für Außenhandel der DDR, Alexander Schalck-Golodkowski.

Auf Kosten des inländischen Konsums und damit der Versorgung der Bevölkerung verordnete die SED-Führung Ende 1982 eine drastische Drosselung der Importe und eine massive Steigerung der Exporte. Es ging um schnelle Geschäfte, um so viel Export wie möglich – von Grundnahrungsmitteln wie Butter und Fleisch genauso wie von Produkten, die im Westen absatzfähig waren.

Erich Honecker äußerte sich im November des Jahres in einer Politbürositzung folgendermaßen: "Das Entscheidende ist, dass unsere Wirtschaft das produziert, was abgesetzt werden kann und daß nicht auf Lager produziert wird". Investitionen an den maroden Produktionsanlagen hatten bei diesen Planungen keine Priorität. Vorrangiges Ziel war die zügige Ausweitung der Produktion für den Westexport mit Hilfe von Neuanlagen, die umfangreiche Beschaffung von Devisen und die Suche nach neuen Geldgebern. Entsprechend waren die SED-Vorgaben für das Jahr 1983. Erneut wies die HA XVIII in ihren Berichten ausführlich auf die schwierige Lage hin und betonte Risiken, Probleme und "irreale" Vorgaben des Volkswirtschaftsplans 1983. In der vorliegenden Information betont die HA XVIII, dass für den Planvorschlag 1983 "außerordentliche Maßnahmen notwendig" seien.

Signatur: BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 12478, BL 24-41

Metadaten

Datum: Dezember 1982

Rechte: BStU

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

Berlin, Dezember 1982

BStU
000024

Information

Über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

Die Dynamik der volkswirtschaftlichen Entwicklung und die weitere Verwirklichung der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind unter der gegenwärtig verschärft wirkenden Konfrontationspolitik des Imperialismus auf das engste mit der zuverlässigen Gewährleistung der inneren Stabilität und Sicherheit der DDR verbunden.

Sicherheitspolitisch begründete Aussagen zum Stand der Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1983 gehen von dem durch den Genossen Minister am 15. 10. 1982 übermittelten Auftrag der Parteiführung aus, daß eine störungsfreie materielle Produktion, eine stabile Versorgung der Bevölkerung und die Verhinderung einer möglichen Zahlungsunfähigkeit der DDR unter allen Lagebedingungen zu gewährleisten sind.

In dieser Richtung wurde der Planvorschlag 1983 nach ökonomischen und sicherheitspolitischen Maßstäben analysiert, um Schlußfolgerungen und Schwerpunkte für die weitere Arbeit zu erkennen.

1. Der Planvorschlag 1983 wird in seinen Zielstellungen, Proportionen und Hauptkennziffern entscheidend durch zwei Faktoren beeinflußt:

- Um den Auswirkungen des Wirtschaftskrieges der aggressiven imperialistischen Kreise gegen unser Land zu begegnen, werden außerordentliche Maßnahmen notwendig.

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

BStU
2 000025

Die Sicherung der Zahlungsbilanz mit dem NSW, der auch im Planvorschlag 1983 das Prinzip eingeräumt wurde, steuert zunehmend alle anderen Eckpunkte der volkswirtschaftlichen Entwicklung.

Die Ausgangsbedingungen für den Plan 1983 werden maßgeblich durch die Leistungsentwicklung der Volkswirtschaft im Jahr 1982 bestimmt. Der Druck auf die Zahlungsbilanz zwang zu operativen Änderungen wichtiger Kennziffern des Planes und der Bilanzen. Die ursprünglich im Plan festgelegten Leistungsziele für das Nationaleinkommen, die Warenproduktion, den Export und den Import sowie für den Warenfonds werden nicht erreicht. In den ersten 9 Monaten des Jahres 1982 mußten allein in den zentralgeleiteten Betrieben der Industrie 3.423 Planänderungen vorgenommen werden. In 98 Kombinaten wurden die Pläne der Warenproduktion um insgesamt etwa 7 Mrd Mark reduziert. Die Verringerung der Gesamtleistung der Volkswirtschaft im Jahr 1982 wirkte negativ auf die Ausgangsbasis für das Folgejahr. Der jetzt vorliegende Planvorschlag vom 19. 11. 1982 liegt in seinen Leistungskennziffern deshalb unter den Zielen, die im Mai 1982 in der "Grundlinie zum Entwurf der staatlichen Aufgaben für die Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplans 1983" durch das Politbüro des ZK der SED bestätigt wurden.

Gegenüber den Volkswirtschaftsplänen vorangegangener Jahre enthält der Plan 1983 spezifische Besonderheiten und Risikofaktoren, deren Beherrschung auf das engste mit der Gewährleistung der inneren Stabilität und Sicherheit der DDR verbunden ist.

- Der für die Volkswirtschaft geplante Zuwachs an industrieller Warenproduktion auf 103,8 % (440,4 Mrd Mark) ist der niedrigste seit 20 Jahren.

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

BStU
000026
3

Der Leistungszuwachs von rund 16 Mrd Mark Warenproduktion reicht nicht aus, um die geplanten Fonds für die Inlandverwendung und für den Export materiell zu unterstützen. Allein für den geplanten Zuwachs für den Export und den Warenfonds und zum Ausgleich der Importablösung wird ein zusätzliches Endprodukt von etwa 20 Mrd Mark benötigt. Das entspricht in etwa einer Größenordnung von 50 Mrd Mark industrieller Warenproduktion.

- Um den außenwirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung zu tragen, mußten bereits vom Plan her tiefe Eingriffe in das produzierte Nationaleinkommen zu Lasten der Inlandverwendung vorgenommen werden. Der Plan sieht vor, ein Nationaleinkommen von 206 Mrd Mark zu produzieren und davon für die Inlandverwendung nur 181,7 Mrd Mark einzusetzen. Die Differenz von 24,3 Mrd Mark muß zur Sicherung der Zahlungsbilanz verwendet werden. Im zurückliegenden Fünfjahrplanzeitraum war das verwendete Nationaleinkommen noch um 37,7 Mrd Mark höher als das produzierte. In den ersten drei Jahren dieses Fünfjahrplanes wird das verwendete Nationaleinkommen um 36 Mrd Mark niedriger sein als das produzierte. Das 1983 für die Verwendung bereitgestellte Nationaleinkommen entspricht in seiner Größenordnung etwa dem des Jahres 1979. Die Langzeitwirkung dieser Entwicklung schlägt sich in den ökonomischen Problemen des Jahres 1983 besonders konzentriert nieder.
- Die planmäßige Verwendung eines großen Teils des produzierten Nationaleinkommens für die Sicherung der Zahlungsbilanz wirkt unmittelbar gegen den für das Inland vorgesehenen Akkumulationsfonds. Gegenüber dem Jahr 1982 gehen die Nettoinvestitionen auf 85,3 % (30,3 Mrd Mark) zurück. Mit 16,7 % zum verwendeten Nationaleinkommen und 14,7 % zum produzierten Nationaleinkommen wird die niedrigste Akkumulationsrate seit über 20 Jahren erreicht. Bis 1981 lag die Akkumulationsrate in der Tendenz immer über 22 %.

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

BStU
#00027

- Der geplante Warenfonds für die Bevölkerung gibt bisher keine Sicherheiten für die von der Partei geforderte dauerhafte stabile Versorgung. Im Planvorschlag 1983 ist ein Warenfonds von 103,4 Mrd Mark bilanziert. Das entspricht dem voraussichtlichen Ist-Ergebnis 1982, das unter der geplanten Zielstellung von 106,1 Mrd Mark liegen wird. Der Planvorschlag 1983 sah ursprünglich kein Wachstum vor. Entsprechend dem Auftrag der Parteiführung wurde der Planvorschlag am 24. 11. 1982 korrigiert und ein Zuwachs des Warenfonds (Einzelhandelsumsatz) auf 103 % entschieden. Damit entspricht der für 1983 geplante Warenfonds jetzt in etwa dem für das Jahr 1982 geplanten. Die besonderen Probleme bestehen darin:

- Bereits dem ursprünglich vorgesehenen Warenfonds von 103,4 Mrd Mark war zu Grunde gelegt, 2 Mrd Mark durch weitere werterhöhende Maßnahmen abzudecken.
- Trotz dieser Maßnahmen war der Warenfonds Mitte November erst mit 102 Mrd Mark materiell untersetzt.
- Die jetzt beschlossene Erhöhung um etwa 3 Mrd Mark ist im Plan nicht bilanziert. Es sind Aufträge erteilt, 1 Mrd Mark durch die Erschließung von Reserven und eine weitere Mrd Mark durch Wertzuwachs zu bringen.

Damit besteht die Lage, daß der jetzt festgelegte Warenfonds von rund 106,5 Mrd Mark mit insgesamt 3 Mrd Mark Wertzuwachs gesichert werden soll. Das ist der höchste Wertzuwachs, der bisher geplant wurde. 1982 wurden bis Ende September rund 770 Mio Mark EVP Wertzuwachs realisiert. Für etwa 4 Mrd Mark gibt es gegenwärtig noch keine materielle Deckung des Warenfonds.

- [Handwritten mark: a blue bracket on the left margin, spanning from the previous paragraph to here.]*
- Die im Planvorschlag 1983 vorgesehene Produktionsleistung soll mit den bisher niedrigsten materiell-technischen Fonds gebracht werden.

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

BStU
000028
5

Im Planentwurf wird davon ausgegangen, daß der spezifische Verbrauch an Energieträgern, Rohstoffen und Materialien um 9,0 % gesenkt werden soll. Das bedeutet, daß eine geplante Produktionssteigerung in der Industrie um 4,5 % mit 95,4 % der 1982 eingesetzten Energie- und Materialfonds erreicht werden muß.

Schwerpunkte sind: Reduzierung des Walzstahlverbrauches (absolut) auf 93,0 % im Jahre 1983 gegenüber 1982; Blei 93,2 %; Dieselkraftstoff 95,1 %, Vergaserkraftstoff (ohne Bevölkerungsversorgung) 90,3 %, Faserstoffe 97,8 %.

Von den Ministern wird der Standpunkt vertreten, daß bei höchste Anstrengung eine Senkung des spezifischen Verbrauchs an Energieträgern, Rohstoffen und Materialien in Höhe von maximal 6 % möglich ist. Sie berothen sich dabei auf die Ergebnisse der vorhergehenden Jahre. So wird z. B. 1982 ein reales Produktionswachstum um 1,5 % mit nur 2 % weniger Material erreicht (spezifische Materialsenkung 6 %).

Genau so angespannt wie in der Industrie sind die Bedingungen für die materiell-technische Sicherstellung der Produktion in der Landwirtschaft. Das betrifft vor allem die Produktion tierischer Erzeugnisse. Gegenüber dem ursprünglichen Planvorschlag wurde für die Produktion von 2.400 kt Schlachtvieh (einschließlich Sondergeschäft) und 6.400 kt Milch ein zusätzlicher NSW-Import von 1 Mio t Futtergetreide entschieden. Trotz dieser wichtigen Entscheidung gibt es noch keine ausreichenden Sicherheiten, daß die geplanten Produktionsziele mit dem verfügbaren Futterfonds gesichert werden können. Im Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft wurde per 10. 11. 1982 berechnet, daß immer noch ein Futterdefizit von 0,677 Mio t für 1983 besteht. Darauf hinaus muß damit gerechnet werden, daß durch den 1982 eingetretenen Verlust der Körpersubstanzreserven der Tiere auch bei einer ausreichenden Futterversorgung die Produktionsziele im I. Quartal 1983 gefährdet sind.

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

BStU
900029

Als erschwerender Faktor für die materiell-technische Sicherung der Produktion im Jahr 1983 wirkt, daß die staatlichen Reserven im Jahr 1982 bedeutend verringert wurden. In den ersten 9 Monaten des Jahres sind die verfügbaren Bestände um 1,3 Mrd Mark (55 %) reduziert worden. Etwa 50 % wurden zur Sicherung der Zahlungsbilanz eingesetzt. Mit einem weiteren Abbau im IV. Quartal 1982 wird gerechnet. Im Gegensatz zu den Vorjahren ist 1982 keine Wiedereinlagerung der abverfügten Bestände vorgenommen worden. Für wichtige Materialarten wie Kupfer, Blei, Zinn, Aluminium, Kobalt, Quecksilber, Kautschuk, Getreide und Ölfrüchte gibt es keine Reserven mehr. Für Benzin, Dieselkraftstoff und Kerosin ist die Bevorratung auf 4 Tage reduziert worden. Der ausgleichende Wirkungsmechanismus der Staatsreserve ist durch diese Lage erheblich eingeschränkt.

- Die größten Probleme bestehen bei den im Planvorschlag vorgesehenen Zielstellungen für die Außenwirtschaftsbeziehungen mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet, durch die alle anderen wichtigen Hauptkennziffern des Planes 1983 beeinflußt werden.

*Prinzip:
Zahlungsfähigkeit geht von Effektivität*

Von den außenwirtschaftlichen Erfordernissen ausgehend, sieht der Planvorschlag vor, Exporte in das NSW für 19,3 Mrd VM (127,8 %) und Importe aus dem NSW in Höhe von 10,7 Mrd Mark durchzuführen. Das bedeutet, 1983 einen NSW-Exportzuwachs von voraussichtlich 4,2 Mrd VM zu realisieren, einen Exportüberschuß von 8,6 Mrd VM zu erwirtschaften und dabei gleichzeitig die NSW-Importe für die volkswirtschaftlichen Bereiche um weitere 11 % einzuschränken. Der geplante NSW-Exportzuwachs ist der höchste, der je geplant wurde. Der Exportüberschuß soll doppelt so hoch wie 1982 sein. Diese Leistung soll es ermöglichen, Kreditrückzahlungen von 17 Mrd VM und Zinsrückzahlungen von 3,9 Mrd VM vorzunehmen. Darüber hinaus sieht der Plan vor, für die Finanzierung von Importen und

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

BStU
000030

andere Risikofaktoren 5,7 Mrd VM zu erwirtschaften. Die Verbindlichkeiten der DDR gegenüber dem NSW sollen bis Ende 1983 von 36,5 Mrd VM auf rund 31 Mrd VM verringert werden.

Für das Jahr 1983 hat die Staatliche Plankommission ein Bargelddefizit bei konvertierbaren Devisen von 6,1 Mrd VM berechnet. Davon werden bereits im Januar 1983 2,2 Mrd VM, im I. Quartal 1983 3,1 Mrd VM und im November nächsten Jahres 6,7 Mrd VM fällig. Dieses Bargelddefizit entspricht einem volkswirtschaftlichen Endprodukt von etwa 15 Mrd Mark, das nicht zur Verfügung steht. Hinzu kommt ein Währungssaldo zur BRD und Westberlin von ./ 966 Mio VM, wobei der vereinbarte Swing um 196 Mio VM überschritten wird. Zu dieser Frage gibt es im Planvorschlag 1983 keine Lösung und auch keine Alternativvorschläge. Es muß aber davon ausgegangen werden, daß es unter den Bedingungen des Wirtschaftskrieges der aggressiven imperialistischen Kreise gegen unser Land nicht möglich ist, das Bargelddefizit durch Kredite auszugleichen.

Über diese Lage hinausgehend zeichnet sich ab, daß die für den NSW-Export geplante Effektivität nicht erreicht wird und daraus weitere Belastungen der Inlandsfonds eintreten. Der Planvorschlag 1983 sieht vor, beim NSW-Export eine Rentabilitätskennziffer von 0,468 zu erreichen. Diese Kennziffer wurde bereits gegenüber der ursprünglichen staatlichen Aufgabe von 0,528 abgesenkt. Hierfür mußten 5 Mrd Mark mehr Endprodukt vom Plan her bereitgestellt werden. Aber auch die im jetzt vorliegenden Planvorschlag vorgesehene Devisenrentabilität wird nicht erreicht. Gegenwärtig sind von dem geplanten NSW-Export etwa 18,0 Mrd VM protokolliert. Mit den protokollierten Waren erzielen wir aber nach der jetzt vorgelegten Übersicht nur eine Devisenrentabilität von etwa 0,440.

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

BStU
000031
8

Dadurch wird es notwendig, mindestens für weitere 0,6 bis 1,0 Mrd Mark mehr Endprodukt einzusetzen, das nicht oder nur gegen andere verteilte Fonds bereitgestellt werden kann.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß der Plan 1983 der komplizierteste ist, der jemals für die Entwicklung der Volkswirtschaft aufgestellt wurde. Mit seinen hohen Zielstellungen setzt dieser Plan neue Maßstäbe für die Wirtschaftsleitung. Er erfordert ein kompromißloses Herangehen, um die vom X. Parteitag beschlossenen 10 Schwerpunkte der ökonomischen Strategie ungeschränkt für die dynamische Entwicklung der DDR unter den Bedingungen der verschärften Klassenauseinandersetzung und des Wirtschaftskrieges mit dem Imperialismus wirksam zu machen.

2. Um die Bedingungen für die Realisierung der Planzielstellungen 1983 zu verbessern und die im Planvorschlag noch enthaltenen Risiken zu beherrschen, haben die Parteiführung und die Regierung weitere Aufgaben zur Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1983 beschlossen. Besonders wichtig sind folgende Festlegungen:

Zur Sicherung der Zahlungsbilanz wurden die Minister beauftragt, zusätzliche Bargeldeinnahmen im IV. Quartal 1982 zu realisieren. Hierzu sind Exporte, die erzeugniskonkret festgelegt wurden, aus dem I. Quartal 1983 vorzuziehen, die überfälligen Forderungen weiter zu verringern und fällige Bargeldzahlungen aus dem Jahr 1983 vorzuziehen. Der Abschluß der Verträge für den NSW-Export soll bis zum 31. 12. 1982 von 39,3 % auf 48 % für das Jahr und von 10,2 % auf 19 % für das I. Quartal 1983 erhöht werden. Es sind Vorbereitungen zu treffen, um im I. Quartal 1983 Vorauslieferungen für spätere Zeiträume durchzuführen.

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

BStU
000032

Es wurde der Auftrag erteilt, bis zum 20. 12. 1982 die Exportfonds für das sozialistische Wirtschaftsgebiet als Grundvoraussetzung für die Sicherung der geplanten Importe vollständig zu protokollieren. Gegenwärtig sind für etwa 7 Mrd Mark VGW Waren noch nicht protokolliert. Für das NSW sind durch die Minister kurzfristig Maßnahmen zur Protokollierung der noch offenen Waren für 1 Mrd VM zu entscheiden. Die bereits protokollierten Erzeugnisse sind mit dem Ziel durchzuarbeiten, den Anteil absatzfähiger devisenrentabler Erzeugnisse zu erhöhen und die hierfür notwendigen Veränderungen der Produktionsstruktur vorzunehmen. Bis zum 31. 12. 1982 haben die Minister weitere Maßnahmen zur planmäßigen Ablösung von NSW-Importen mit einem Wertvolumen von rund 500 Mio VM vorzulegen.

Zur Erhöhung des Warenfonds auf 103 % sind den Ministern nach Wert und Erzeugnissen Aufträge für eine zusätzliche Produktion erteilt worden. Bis Ende Februar 1983 müssen die Ergebnisse der Überbietung der Produktion neuer Konsumgüter und des Wertzuwachses für 1983 den Ministerrat vorgelegt werden.

Im Dezember 1982 sind für jedes Ministerium Maßnahmen nachzuweisen, die die Sicherung der Zielstellung zur Senkung des spezifischen Verbrauches von Energie, Roh- und Werkstoffen im Jahr 1983 gewährleisten. Zur Unterstützung dieser Aufgabe ist der Auftrag erteilt, bis zum 31. 3. 1983 die Materialverbrauchsnormen der Betriebe und die zentralen staatlichen Normative zu vervollkommen. Die am 1. Januar 1983 vorhandenen Materialbestände und Mehrbestände werden durch die Bilanzorgane erfaßt und für die volkswirtschaftliche Bilanzierung genutzt.

Durch den Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft und die Vorsitzenden der Räte der Bezirke sind Festlegungen zur Reproduktion der Tierbestände, zur Veränderung der Struktur des Aufkommens an Schlachtvieh auf der Grundlage eines optimierten Futtereinsatzes und zur Erweiterung der Greideanbaufläche auf 2,6 Mio ha zu treffen.

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

BStU
000033
10

Diese Festlegungen geben die prinzipielle Richtung für das Herangehen an die Lösung der noch bestehenden Probleme des Planes 1983. Ausgehend von der 5. Tagung des Zentralkomitees, auf welcher die Wirtschaftsstrategie des X. Parteitages für das Jahr 1983 präzisiert wurde, sind in der wirtschaftsleitenden und sicherheitspolitischen Arbeit alle Anstrengungen darauf zu richten, die Risiken des Planes einzuschränken und den Plan realisierbar zu machen. In der gegenwärtigen Etappe der Planvorbereitung sind die den Ministern erteilten Aufträge ein Schwerpunkt der Plansicherung. Entsprechend muß die Durchführung organisiert werden. Oberall in der Volkswirtschaft und in den Staatsorganen muß die hierzu erforderliche Kampfposition ausgebildet werden.

3. Um den Auftrag der Parteiführung zu erfüllen, unter allen Lagebedingungen eine störungsfreie materielle Produktion, eine stabile Versorgung der Bevölkerung und die Zahlungsfähigkeit der DDR zu gewährleisten, ist es notwendig, vorausschauend die mögliche Wirkung der Risikofaktoren des Planes einzuschätzen, um hieraus Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit abzuleiten.

Das Hauptproblem des Planes 1983 ist, daß die Gesamtleistung der Volkswirtschaft nicht ausreicht, um die notwendige, im Plan festgelegte Verteilung auf die Fonds materiell vollständig zu unterstützen. Verstärkt wird das durch die Diskrepanzen zwischen der gegenwärtigen Produktionsstruktur und den erzeugniskonkreten Erfordernissen der Fonds. Nach den vorliegenden aktuellen Berechnungen

- sind Waren für etwa 1 Mrd VM mit dem NSW und für 7 Mrd M VGW mit dem SW noch nicht protokolliert. Der Minister für Außenhandel hat darauf hingewiesen, daß die materielle Struktur der angebotenen Warenlieferungen in das SW gegenüber den langfristigen Handelsabkommen in einer Größenordnung von etwa 4,5 Mrd M VGW abweicht;

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

BStU

000034

11

- für den Warenfonds der Bevölkerung fehlen zur Zeit noch für etwa 4 Mrd M konkrete Erzeugnisse;
- für die Sicherung der Produktion eines geplanten volkswirtschaftlichen Endproduktes von ca. 500 Mio M fordern die Minister noch rund 2 Mrd Mark zusätzliche Investitionen, die nicht bereitgestellt werden können;
- darüber hinaus gibt es noch keine Lösungen für das außerhalb des Planes liegende Bargelddefizit von 6,1 Mrd VM.

Diese Lage birgt das Risiko in sich, daß, wie auch im Jahr 1982, aber in größeren Dimensionen und mit höheren Verlusten, die Produktion und ihre Verteilung über das ganze Jahr hinweg operativ gesteuert werden müssen. Dabei ist nicht auszuschließen, daß Eingriffe in bereits verteilte Fonds vorgenommen werden müssen. Der Umfang solcher Eingriffe wird entscheidend dadurch beeinflußt, wie es gelingt, das Produktionsaufkommen mit den realen Bedürfnissen und Erfordernissen für die Verteilung in Übereinstimmung zu bringen. Im Jahr 1982 ist das nicht gelungen. Auf der einen Seite erhöhten sich die außerplanmäßigen Bestände bis Ende September auf über 3 Mrd Mark Endprodukt; auf der anderen Seite standen für den Export und die Inlandsfonds nicht die notwendigen Warenmengen zur Verfügung.

Als die entscheidende Arbeitsrichtung zur komplexen Sicherung der Planzielstellungen 1983, auf die auch die 5. Tagung des ZK der SED orientiert, wird deshalb die Erhöhung der Produktionsleistung und der Arbeitsproduktivität gesehen. Darüber hinaus muß durchgesetzt werden, daß die gesamte Produktionsleistung der Volkswirtschaft in ihrer materiellen Struktur den konkreten Bedürfnissen entspricht und in vollem Umfang für die geplante Verteilung wirksam gemacht werden kann.

Es muß davon ausgegangen werden, daß eine solche grundsätzliche Aufgabe nicht kurzfristig gelöst werden kann. Das erfordert, den aus den Problemen des Leistungsdefizits und der Zahlungsbilanz 1983 erwachsenden Risikofaktoren zu jeder Zeit die erforderliche Beachtung zu schenken und sie unter Kontrolle zu halten.

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

BStU
12 000035

a) Für die Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit der DDR im Jahr 1983 muß mit folgenden Risikofaktoren gerechnet werden:

- Das größte Problem ist gegenwärtig das offene Bargelddefizit von 6,1 Mrd VM, wovon bereits im Januar 1983 2,2 Mrd VM auf die Zahlungsbilanz wirken. Dieser Druck kann sich noch erhöhen, wenn es nicht gelingt, die geplanten NSW-Exporte im geforderten Umfang bereitzustellen und darüber hinaus Exportlieferungen für spätere Zeiträume vorzuziehen. Für die Beherrschung des Problems gibt es gegenwärtig keine ausreichenden Lösungen. Weitere Kreditaufnahmen werden nicht für möglich gehalten.
- Es müssen die Anstrengungen erhöht werden, um entsprechend dem Auftrag der Regierung die Ausspezifizierung und Protokollierung der Waren für den NSW-Export abzuschließen und die Vertragsbindung entsprechend den vorgegebenen Zielstellungen vorzunehmen.
- Nicht zugelassen werden darf, daß die Betriebe wiederum auch solche Waren für den Export protokollieren, für die überhaupt keine realen Absatzchancen bestehen. Dadurch werden die Parteiführung und die Regierung über die wirkliche Lage getäuscht und wirksame Maßnahmen zur Veränderung verzögert.
- Energisch vorgegangen werden muß gegen die Produktion in die Bestände. Dabei geht es vor allem um solche Erzeugnisse, für die keine Absatzchancen im Jahr 1983 bestehen. Die für den NSW-Export in den Jahren 1981 und 1982 gebildeten, kreditierten, aber nicht abgesetzten Bestände sollten kurzfristig aufgelöst und volkswirtschaftlich neu bilanziert werden.
- Gegen die Preisverluste auf dem NSW-Markt muß ein energischer Kampf organisiert werden. Neben den Restriktionen auf kapitalistischen Märkten besteht in unserer Wirtschaft die Tendenz, zur Erfüllung des NSW-Exportplanes Waren auch bedeutend unter ihrem Wert zu verkaufen.

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

000036

13

Dadurch werden die für das Inland bereitgestellten Fonds zusätzlich belastet, der Aufwand für die Herstellung der Erzeugnisse nicht mehr gedeckt und die Marktsituation langfristig verschlechtert. Es erhöht sich die Gefahr weiterer Restriktionsmaßnahmen kapitalistischer Staaten.

- Die Entwicklung der internationalen Klassenauseinandersetzung unter den Bedingungen des Wirtschaftskrieges kann eine weitere Eskalation erfahren und zu Maßnahmen des Gegners führen, die er bisher nicht zur Anwendung brachte.
 - . Von kapitalistischen Banken können kurzfristig Depositen in Höhe von ca. 1 Mrd VM abgezogen werden, woraus sich unmittelbar Bargeldprobleme in dieser Höhe ergeben. Die Staatliche Plankommission berechnet einen Rückgang der Depositen um 800 Mio VM bis zum Jahresende 1983.
 - . Zur Gewährleistung der Finanzierung der aus der BRD und WB geplanten Importe ist für Ende 1983 ein Währungssaldo von minus 966 Mio VM vorgesehen. Das bedeutet eine Überschreitung des vereinbarten Swings um 196 Mio VE. Über den Swing kann Druck auf die Zahlungsbilanz ausgeübt werden. Der Swing ist rechtlich nur durch die Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Außenhandel und der Treuhandstelle für Industrie und Handel mit Sitz in Westberlin gesichert. Eine Begrenzung der Laufzeiten des Swing ist nicht vereinbart. (Vereinbarung am Werbellinsee)
 - . Die Einschränkung der Exportmöglichkeiten der DDR durch die Forderung nach ausgeglichenen Handelsbilanzen ist gegenwärtig eine praktizierte Form von Handelsrestriktionen kapitalistischer Länder gegenüber der DDR. Angekündigte und bereits durchgeföhrte sogenannte Antidumpingmaßnahmen der Konzerne und die Beschlüsse der EG über die Erhöhung der Schutzzölle sind Maßnahmen zur praktischen Durchsetzung dieser Forderungen
 - . Das System der Genehmigungsverfahren und der Erteilung von Lizenzen, besonders in den Ländern der EG, kann weiter verschärft werden.

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

BStU
0,0037
14

Insgesamt erhöht sich das Sicherheitsrisiko für unsere Volkswirtschaft durch eine weiter zunehmende ökonomische Abhängigkeit zum NSW, die aus den Erfordernissen der belasteten Zahlungsbilanz entsteht. 1975 realisierte die DDR zu Betriebspreisen 65,9 % des Gesamtexportes in das sozialistische Wirtschaftsgebiet und nur 34,1 % in das NSW. In jedem folgenden Jahr hat sich das Verhältnis verschlechtert. Der Plan 1983 sieht vor, nur noch 52,6 % des Gesamtexportes im SW, aber 47,4 % im NSW zu realisieren. Diese Tendenz verschlechtert auch objektiv unsere Importmöglichkeiten aus den sozialistischen Ländern, wobei neben der volumenmäßigen Entwicklung auch noch beachtet werden muß, daß die Warenstruktur für den SW-Export in beachtlichem Umfang nicht mehr den realen Bedürfnissen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder entspricht.

- b) Für die Sicherung der Produktion muß mit folgenden Risikofaktoren gerechnet werden:

Die Grundfrage, die das Leistungswachstum, die Produktivität der Arbeit sowie Stabilität und Kontinuität der Produktion immer mehr beeinflußt, ist die materiell-technische Sicherstellung der Produktion. Es geht um die Bereitstellung einer ausreichenden Menge von Rohstoffen, Grundmaterial und Halbprodukten für die kontinuierliche Produktion hochwertiger Endprodukte. Hier liegen auch für das Jahr 1983 die Hauptprobleme. Über die von der Regierung bereits festgelegten Maßnahmen zur Senkung des Materialverbrauchs hinausgehend, sollten vor allem folgende zwei Arbeitsrichtungen zur Lösung des Problems nachhaltig unterstützt werden:

- Zusätzliche Roh- und Brennstoffe im Rahmen eines Sondergeschäftes außerhalb des Jahresabkommens aus der Sowjetunion zu importieren und diese mit zusätzlichen hochwertigen Waren zu bezahlen. Diese sollten aus dem NSW-Exportfonds herausgenommen werden. Der Ausgleich für den NSW-Export müßte durch den Export eines Teils der zusätzlichen importierten Rohstoffe erfolgen.

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

BStU
1500038

Durch einen solchen Schritt würden wir für unsere Exporterzeugnisse bessere Preise erzielen, einen zusätzlichen Rohstofffonds für die DDR erwirtschaften und gleichzeitig die Bedürfnisse der Sowjetunion besser befriedigen, ohne die Zahlungsfähigkeit der DDR gegenüber dem NSW einzuschränken. Eine solche Arbeitsweise müßte berechnet und auf hoher Ebene mit der Sowjetunion abgestimmt werden. Hierfür schafft die gegenwärtig laufende Vorbereitung des Wirtschaftsgipfels günstige Bedingungen.

- Ein weiterer Schritt zur materiell-technischen Sicherung der Produktion wäre die Optimierung der Rohstoffexporte der DDR. Der Export von Rohstoffen, Grundmaterial und Halbprodukten in das NSW hat sich in den letzten 10 Jahren auf etwa 600 % erhöht, ohne daß im gleichen Tempo das Rohstoffaufkommen der DDR gewachsen ist. Erdöl, Erdgas, Erdölprodukte, Brennstoffe, chemische Grundstoffe und metallurgische Erzeugnisse tragen etwa 40 % unseres Gesamtexportes in das NSW. Zur Sicherung der Zahlungsbilanz werden Rohstoffexporte auch weiterhin Bedeutung haben.
Es sollte aber nochmals berechnet werden, welche Möglichkeiten bestehen, Kombinaten und Betrieben, die Erzeugnisse herstellen, die für den Export und für den Warenfonds der Bevölkerung besonderes Gewicht haben, gezielt zusätzliche Rohstoffe und Halbprodukte zu Lasten des geplanten Exportes bereitzustellen. Dadurch sollen die Bedingungen für ein höheres Leistungsangebot von ausgewählten hochveredelten Erzeugnissen verbessert werden.

Es wird eingeschätzt, daß nur durch solche grundsätzlichen Maßnahmen größere Störungen der Produktion in Folge fehlenden Materials und gestörter Kooperationsbeziehungen verhindert werden können. Damit werden auch die Fragen der vollen Ausnutzung der Arbeitszeit, der Arbeitsdisziplin und der Leistungsbereitschaft besser beherrscht.

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

BStU
010039
16

Ober die Problematik der materiell-technischen Sicherung der Produktion und eines notwendigen Leistungszuwachses hinausgehend haben weitere Risikofaktoren besonderes Gewicht.

- Für das Winterhalbjahr 1982/83 sind trotz guter Ergebnisse der Planerfüllung in den Hauptkennziffern zur Produktion von Energieträgern, in der Bereitstellung von Elektroenergie sowie Stadt- und Erdgas noch keine ausreichenden Bedingungen vorhanden, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Hauptursachen dafür sind der hohe Verschleißgrad an produzierenden Anlagen der Braunkohlenindustrie und daraus bedingte Störfähigkeiten (bedeutende Erhöhung der Anzahl schwerer Havarien und Ereignisse gegenüber 1981); Rückstände bei der Durchführung beschlossener Generalreparaturen und Rekonstruktionsmaßnahmen.

Für eine stabile Elektroenergieversorgung bestehen weiterhin erhebliche Unsicherheiten und Gefahren vor allem in dem hohen Verschleißgrad der Kraftwerke (Braunkohlenkraftwerke) sowie der instabilen Versorgungszuverlässigkeit des Kernkraftwerkes "Bruno Leuschner". Dadurch werden die Zielstellungen in den verfügbaren Kraftwerksleistungen nicht erreicht. Das Elektroenergienetz ist durch schadhafte und havariegefährdete Übertragungssysteme (Kabel, Transformatoren) eine die Versorgungszuverlässigkeit wesentlich beeinträchtigende Gefahrenquelle. Bei länger anhaltenden Frostperioden sind Elektroenergiesabschaltungen in der Industrie nicht zu vermeiden.

Unter den Bedingungen einer äußerst angespannten Bilanz bei Stadtgas und Importerdgas wird die Versorgung im wesentlichen gesichert, wobei für alle Bereiche der Energieversorgung besonders aus der Anlageninstabilität und bei extremen Witterungsbedingungen Produktionsausfälle, Versorgungseinschränkungen bzw. zeitweilige Versorgungsunterbrechungen nicht auszuschließen sind.

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

BStU
17 000040

- Die Investitionskraft der DDR ließ in den vergangenen Jahren die Amortisation und Modernisierung der technischen Anlagen der Industrie nicht im vollen Umfang zu. Deshalb müssen gegenwärtig entgegen den Normativen zur Gewährleistung der technischen Sicherheit 99 Anlagen auf der Grundlage von Sonderregelungen und 55 Anlagen auf der Grundlage von Ausnahmegenehmigungen betrieben werden. Es handelt sich dabei vor allem um Betriebe der Energiewirtschaft, der Chemie und der Metallurgie, insbesondere in den Bezirken Halle und Leipzig.
Die Gefahr von Bränden, Havarien und Störungen auch größerer Ausmaßes wächst im Jahr 1983, weil die materiellen Möglichkeiten nicht ausreichen, die dringend erforderlichen Ersatzinvestitionen vorzunehmen.

Diese Probleme erfordern es, daß die zuständigen Staats-, wirtschaftsleitenden- und Kontrollorgane die vorbeugende Kontrolle und Überwachung verstärken, um mögliche Gefährdungssituationen rechtzeitig zu erkennen und schädigende Ereignisse zu verhindern.

- c) Für die stabile Versorgung der Bevölkerung liegen die Risikofaktoren vor allem in der Sicherung des Volumens und der Struktur des Warenfonds. Die Hauptfrage ist, die festgelegte Warenbereitstellung für den Warenfonds der Bevölkerung uneingeschränkt durchzusetzen. Hierzu gibt es die notwendigen Aufträge der Regierung an die Minister. Wird diese Aufgabe nicht konsequent gelöst, dann verschärfen sich die bereits bestehenden Risikofaktoren für die Versorgung weiter.
- Im Jahr 1982 mußten in großem Umfang planmäßige Bestände des Großhandels versorgungswirksam gemacht werden. Die Reserven sind weitgehend verbraucht. Das trifft auch für den Einzelhandel zu. So betragen gegenwärtig die Warenbestände bei Waren des täglichen Bedarfs nur 79 % zum Plan.

Information über volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch bedeutsame Probleme im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan 1983

BStU
000041
18

Es darf nicht zugelassen werden, daß jetzt Produktions- und Lieferrückstände der Industrie eintreten, weil diese sofort auf die Versorgung der Bevölkerung durchschlagen.

- Zur Sicherung der Zahlungsbilanz wurden 1982 in bedeutendem Umfang Waren für den Warenfonds der Bevölkerung nicht planmäßig bereitgestellt bzw. durch Beschlüsse abverfügt. Dabei handelte es sich vor allem um qualitativ hochwertige Erzeugnisse, deren Export sofort bargeldwirksam wurde, für die aber gleichzeitig auf dem Inlandsmarkt ein großer nicht ausreichend befriedigter Bedarf besteht. Als Folge dieser Maßnahmen standen nicht genügend Waren für die Bevölkerung zur Verfügung. Bis zum 31. 10. 1982 erhöhten sich die Geldeinnahmen der Bevölkerung um 2,74 Mrd Mark, während der Einzelhandelsumsatz nur um 375 Mio Mark stieg. Bei der Kompliziertheit der Zahlungsbilanz muß im Jahr 1983 mit noch größeren Eingriffen in den Warenfonds gerechnet werden. Daraus entsteht die Gefahr, daß die Werktätigen, wie bereits 1982, ihre Geldeinnahmen nicht realisieren können und der Leistungswille negativ beeinflußt wird.

Es wird ein sicherheitspolitischer Schwerpunkt für das gesamte Jahr 1983 sein, den Warenfonds, seine Bildung und Verwendung unter ständiger Kontrolle zu halten und notwendige operative Eingriffe im Risiko kalkulierbar zu halten.

Ausgehend von den Festlegungen der Parteiführung und der Regierung wird gegenwärtig überall in der Wirtschaft an der weiteren Sicherung der Planzielstellungen 1983 gearbeitet. Dieser Prozeß muß in seiner Gesamtheit ständig weiter verfolgt werden, um neu auftretende Schwerpunkte für die sicherheitspolitische Arbeit rechtzeitig zu erkennen und das Erforderliche zu veranlassen.